

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 22.01.2009  
im Kreishaus Borken

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Landrat Gerd Wiesmann

#### Mitglieder:

Eckart Ballenthin	Stadtlohn	
Roman Cebaus	Stadtlohn	
Dietmar Eisele	Ahaus	Vertretung für Frau Gertrud Welper
Magdalene Garvert	Rhede	
Hermann Horstick	Gescher	
Hans Hund	Bocholt	
Irmgard Kerkhoff	Rhede	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Stephanie Pohl	Gescher	
Bernd Schöning	Stadtlohn	
Ursula Schulte	Vreden	
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Gerti Tanjsek	Bocholt	Vertretung für Herrn Hans Theo Peschkes
Heinz-Josef Tönnies	Heiden	
Gabriele Wahle	Ahaus	
Heinrich Weddeling	Südlohn	

#### Vertreter/innen der Verwaltung:

Kreisdirektor Werner Haßenkamp  
Ltd. Kreisbaudirektor Herr Hubert Grothues  
Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick  
Wilfried Kersting  
Sofia Arnold  
Ramona Bülsing  
Peter Sonntag

#### Gäste:

Friedel Sebastian  
Jens Steiner

### Erledigung der Tagesordnung:

Landrat Gerd Wiesmann eröffnet um 17:10 Uhr die Sitzung, begrüßt die Erschienenen und gratuliert dem Kreisausschussmitglied Tönnes zu seinem heutigen Geburtstag.

Landrat Gerd Wiesmann stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Kreisausschussmitglied Schulte weist auf den Antrag ihrer Fraktion, **Sitzungsvorlage Nr 0014/2009** hin, den Punkt 5 a) „Entwicklung des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Landrat Gerd Wiesmann erläutert, er könne durch das Recht, die Tagesordnung festzulegen, sicherstellen, dass der Ausschuss sich mit einem Tagesordnungspunkt befasse. Zudem handele es sich inhaltlich um einen Sachstandsbericht, der lediglich zur Kenntnis genommen werden solle. Im Übrigen könnten bei einer Absetzung weder der weitere Punkt des Antrages der SPD-Fraktion, noch die Anträge der Fraktion Bündnis90/ DIE GRÜNEN und des Kreistagsabgeordneten Steiner zur Entwicklung des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden behandelt werden. Er stellt daraufhin Einvernehmen fest, die Tagesordnung – wie festgesetzt – zu behandeln.

Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

### A. Öffentlicher Teil

#### **Punkt 1: Verabschiedung der Haushaltssatzung 2009 Vorlage: 0326/2008**

---

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Landrat Gerd Wiesmann lässt zunächst über die Anträge der Fraktionen anhand der Liste der Änderungsanträge vom 15.01.2009 – Stand nach Abschluss der Fachausschussberatungen – beraten und abstimmen (vgl. zu allen Abstimmungsergebnissen **Anlage 1 zur Niederschrift**).

Zu Ziffer 1 des Antrages 00-01 (Einbeziehung des Kreisausschusses/ Kreistages bei Maßnahmen die durch Dritte gefördert werden) erklärt Landrat Gerd Wiesmann, in den Fachausschüssen werde bereits über entsprechende Maßnahmen berichtet. Die Fachausschussmitglieder sollten die Informationen an die Fraktionen weiterleiten. Außerdem erfolgten entsprechende Angaben auch in den Controllingberichten und dem Zuwendungsbericht. Eine zusätzliche Information an den Kreistag sei daher nicht effizient. Die Ziffern 2 und 3 des Antrages unterstütze er. Im Hinblick auf die Einhaltung von Wettbewerbsfristen seien gegebenenfalls Dringlichkeitsbeschlüsse zu fassen.

Kreisausschussmitglieder Schulte und Lindenhahn betonen, ihr Anliegen fördere die Transparenz, die vor allem bei den von der Europäischen Union geförderten Projekten bislang nicht ausreichend sei. Es handele sich nicht nur um ein Kommunikationsproblem.

Kreisausschussmitglied Eisele legt dar, seine Fraktion könne auch der Ziffer 1 des Antrages zustimmen. Es sei unproblematisch, den Kreistag über entsprechende Projekte in Kenntnis zu setzen.

Zum Antrag 00-03 (Kreisumlage) erklärt Kreisausschussmitglied Schulte, der Beschlussvorschlag solle um den Zusatz „Die Erhöhung der Landschaftsumlage wird **in Höhe von 2,2 Mio. EUR** an die Kommunen weitergegeben.“ ergänzt werden. Dies entspreche dem Wunsch der Bürgermeister im Kreis Borken, die Kreisumlage lediglich um 0,6 %-Punkte zu erhöhen.

Zum Antrag 00-05 (Kreisumlage) teilt Kreisausschussmitglied Schöning mit, die kritische Stellungnahme der Bürgermeister im Kreis Borken sei verständlich. Der Kreis Borken komme nach der derzeitigen Planung der rechtlichen Verpflichtung, bei der Verwaltung seiner Einkünfte auf die wirtschaftlichen Kräfte der kreisangehörigen Gemeinden Rücksicht zu nehmen, nicht nach. So sei am Beispiel der Stadt Stadtlohn allein die finanzielle Belastung durch die geplante Kreisumlage höher als die geplanten Gewerbesteuereinnahmen.

Kreisausschussmitglied Ballenthin entgegnet, eine Gegenüberstellung von Kreisumlage und Gewerbesteuereinnahmen sei unsinnig, da letztere nur zu einem geringen Anteil im Haushalt der Kommunen verblieben.

Kreisausschussmitglied Tönnies erklärt, eine Umsetzung des Antrages führe den Kreis Borken auf direktem Wege in die Haushaltssicherung.

Kreisausschussmitglied Schöning erwidert, durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage könne dies verhindert werden. Er fordere mehr Sensibilität gegenüber den Städten und Gemeinden, die über die Umlage auch freiwillige Aufgaben des Kreises finanzierten.

Landrat Gerd Wiesmann stellt klar, der Kreis nehme wie die kreisangehörigen Städten und Gemeinden kommunale Aufgaben wahr. Für seine Aufgabenfinanzierung habe der Kreis eine Kreisumlage zu erheben. Über die Umlagefinanzierung an sich lasse sich trefflich streiten, sei aber derzeitige Rechtslage. Für die Probleme der Kommunen sei der Kreis Borken sehr wohl sensibel. Die Kreisumlage des Kreises Borken sei deshalb auch vergleichsweise niedrig.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp führt aus, der Vorschlag der FDP-Fraktion sei weder vertretbar noch realisierbar. Zum einen reiche die Ausgleichsrücklage für das dann entstehende Defizit nicht aus. Zum anderen sei es aber gegenüber den Kommunen im Hinblick auf die Folgejahre gerade nicht sensibel, die Rücklage in einem Jahr aufzuzehren. Dies gelte umso mehr in einem Jahr, in dem der Kreis Borken finanziell relativ gut aufgestellt sei.

Kreisausschussmitglied Schulte erklärt, die Bürgermeister im Kreis Borken hätten bisher nicht gefordert, den Kreis abzuschaffen. Vielmehr profitierten die Städte und Gemeinden auch von der Umsetzung freiwilliger Aufgaben.

Kreisausschussmitglied Eisele merkt an, ein Deckungsvorschlag fehle völlig. Darüber hinaus habe die FDP-Fraktion an der Beratung im Fachausschuss faktisch nicht teilgenommen und rechne nun noch mit falschen Zahlen. Es sei auch unverständlich, dass die FDP-Fraktion den in dieselbe Richtung weisenden Antrag der SPD-Fraktion abgelehnt habe.

Zum Antrag 01-06 (Koordinationsstelle für Ehrenamtliche) erklärt Kreisausschussmitglied Weddeling, er sei über die starke Ablehnung im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit verwundert und bedaure diese sehr. Die Stadt Dülmen ginge die Angelegenheit bereits an.

Zum Antrag 02-07 (Fortsetzung der Schulsozialarbeit) äußert Kreisausschussmitglied Schulte ihr Unverständnis über das Abstimmungsverhalten im Jugendhilfeausschuss. Die bewährte Arbeit müsse fortgesetzt werden. In den Haushalt solle ein entsprechender Ansatz mit einem Sperrvermerk aufgenommen werden.

Kreisausschussmitglied Tönnies teilt mit, die CDU-Fraktion unterstütze die Schulsozialarbeit ebenfalls. Eine jetzige Antragstellung sei verfrüht, da der in Auftrag gegebene Bericht zur „Standortbestimmung Schulsozialarbeit im Kreis Borken“ vor einer abschließenden Entscheidung zunächst abgewartet werden sollte. Die Finanzierung könnte gegebenenfalls über einen Nachtragshaushalt sichergestellt werden.

Kreisausschussmitglieder Eisele und Weddeling erklären, ihre Fraktionen befürworteten die Schulsozialarbeit ebenfalls, würden sich aber aus dem vom Vorredner genannten Grund enthalten.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp teilt auf Nachfrage der Kreisausschussmitglieder Lindenhahn und Weddeling mit, der Bericht werde zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses vorliegen.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn kritisiert, der Bericht hätte bereits zu den Haushaltsberatungen vorliegen können. Sie Sorge sich, dass das Anliegen zum Stillstand gebracht werde.

Kreisausschussmitglied Kerkhoff bedauert die Diskussion, da im Jugendhilfeausschuss fraktionsübergreifend Einigkeit bestünde, die Schulsozialarbeit weiterhin zu fördern. Gegenüber dem Berichtsteller sei ein Abwarten zudem taktvoll.

Kreisausschussmitglied Schulte erklärt, sie habe für das Vorgehen kein Verständnis, da genügend Signale für die Fortsetzung der Arbeit vorlägen. Ihre Fraktion halte den Antrag aufrecht.

Zum Antrag 02-08 (Kindergartenbeiträge) teilt Kreisausschussmitglied Eisele mit, die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN werde sich enthalten. Der Besuch des Kindergartens sollte vielmehr insgesamt beitragsfrei sein.

Zum Antrag 04-01 neu (Familienhebammen/ -kinderkrankenschwestern) erläutert Kreisausschussmitglied Schulte, eine Kraft sei zu knapp bemessen gewesen. Eine Anbindung an den Fachbereich „Gesundheit“ sei wegen der fachlichen Unterstützung der dortigen Ärzte stimmiger als eine Anbindung an den Fachbereich „Jugend und Familie“. Das Frühwarnsystem könne so komplettiert werden.

Kreisausschussmitglieder Pohl und Tönnies sehen noch zu viele offene Fragen, die durch das zurzeit erarbeitete Konzept zunächst geklärt werden müssten. In der Sache seien sich die Fraktionen durchaus einig.

Kreisausschussmitglied Stilkenbäumer spricht sich dafür aus, den Antrag in den Jugendhilfeausschuss, in dem die weitere fachliche Diskussion erfolgen müsse, zurückzuverweisen.

Kreisausschussmitglied Weddeling hält hier eine Prävention für sehr wichtig. Es sei aber notwendig, zuerst den Bedarf zu ermitteln.

Kreisausschussmitglied Schulte hält an dem Antrag fest. Im Kreis Borken als Flächenkreis seien eine und vermutlich sogar zwei Kräfte zu wenig. Es gelte jedoch, den Anfang zu machen. Schließlich seien mit dem Hebammennetzwerk die strukturellen Voraussetzungen gegeben. Auch werde die Idee in vielen anderen Regionen bereits umgesetzt.

Zum Antrag 04-03 (Erhöhung des Kostenzuschusses an die AIDS-Hilfe Westmünsterland Ahaus) wirbt Kreisausschussmitglied Eisele angesichts der bekannten Problematiken des Alkoholkonsums unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen und der mangelnden Aufklärung zum Thema AIDS für den Antrag. Die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN stehe aktuell in Kontakt mit dem Verein, der mit dem Geld neue Aufgaben wahrnehmen und vorhandene Angebote erweitern wolle. Er sei sehr verwundert, dass die vorgeschlagene moderate Erhöhung nicht mitgetragen werde.

Kreisausschussmitglied Stilkenbäumer sieht keine Notwendigkeit für eine Erhöhung. Die Mittel seien bereits in 2007 aufgestockt worden und der Verein habe von sich aus keinen zusätzlichen Bedarf angemeldet. Zudem seien die Zahlen im Kreis Borken rückläufig.

Kreisausschussmitglied Weddeling spricht sich für eine Berücksichtigung des Kostenzuschusses mit Sperrvermerk aus.

Kreisausschussmitglied Schulte erklärt, die Zahlen seien zwar tatsächlich rückläufig. Wegen der Sorglosigkeit und Unaufgeklärtheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die größer sei als weitläufig vermutet, sei eine intensive Prävention jedoch wichtig.

Zum Antrag 06-01 („Region in der Balance – Regionale Allianz für die Fläche im Kreis Borken“) teilt Kreisausschussmitglied Garvert auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied

Weddeling mit, durch den erfolgreichen „Erlebnis.NRW“-Wettbewerbsbeitrag sei bereits bestehendes Personal gebunden. Das vorliegende Projekt solle daher mit externem Personal angegangen werden. Dies sei langfristig besser als neue Stellen im Fachbereich Natur und Umwelt zu schaffen. Eine Sensibilisierung mit dem Ziel, den Flächenverbrauch zu steuern, sei notwendig.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Tanjsek führt Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues aus, die Höhe der benötigten Mittel solle aus einem Konzept der Verwaltung hervorgehen, das bis zur nächsten Sitzung des Umweltausschusses zur Beratung erarbeitet werde.

Zum Antrag 07-01 („Radverkehrsförderung“) antwortet Kreisausschussmitglied Horstick auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Eisele, alle Vereine seien angesprochen worden, Anträge lägen noch nicht vor.

Kreisausschussmitglied Eisele betont, die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN werde den Antrag nicht wie die CDU-Fraktion beim Antrag 04-03 ablehnen, sondern mittragen.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn teilt mit, die SPD-Fraktion werde den Antrag entsprechend des vorangegangenen Abstimmungsverhaltens der CDU-Fraktion ablehnen, da es sich um einen Vorratsbeschluss handle und ein Konzept nicht vorliege.

Zum Antrag 07-02 (Einführung eines Sozialtickets) erläutert Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick, die Tarife würden durch die Unternehmen festgelegt. Zu einem Sozialticket müsste die öffentliche Hand einen Beitrag leisten, so dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit zuständig sei.

Kreisausschussmitglied Eisele bittet, den Antrag dann dorthin zu verweisen.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn bittet, die Vorgehensweise der Einführung des Sozialtickets zum 01.12.2008 im Kreis Unna im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit aktuellen Zahlen vorzustellen. Außerdem solle mitgeteilt werden, wie viele Personen im Kreis Borken das Sozialticket erhalten könnten.

Kreisausschussmitglieder Eisele und Lensing sprechen sich gegen eine Insellösung für den Kreis Borken aus. Eine verkehrsverbundweite, einheitliche Lösung sei wünschenswert.

Zum Antrag 11-01 (Prüfung der Verwaltung durch Externe) begrüßt Kreisausschussmitglied Weddeling die Sichtweise der Verwaltung, die das Anliegen in der Vergangenheit noch blockiert habe.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick erklärt, die Verwaltung nehme den Antrag zum Anlass, die bestehenden Initiativen zur Prüfung von Vorgängen und Arbeitsabläufen auch von neutraler Seite künftig offensiver darzulegen. Der Kreis Borken stelle sich unter anderem der Untersuchung in Vergleichsringen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) und dies weitestgehend erfolgreich. Die erfolgte Zertifizierung mit dem Gütezeichen „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ sei ein Beispiel für die neutrale Überprüfung auch im Hinblick auf Wirtschaftlichkeit.

Kreisausschussmitglied Schulte fragt nach den Kosten einer solchen allumfassenden Untersuchung durch eine neutrale Stelle, die durchaus interessant sei. Eine Untersuchung könne entgegen der Erwartung der UWG-Fraktion auch einen erhöhten Personalbedarf anstelle einer Kostenersparnis ergeben.

Kreisausschussmitglied Hund sieht in Untersuchungen von neutraler Seite durchaus Charme und gibt seiner Vorrednerin Recht. Eine vor Jahren erfolgte Überprüfung der Leitstelle habe einen erhöhten Personalbedarf aufgezeigt. Allerdings fänden kontinuierliche Untersuchungen offenbar bereits statt.

Kreisausschussmitglied Schöning begrüßt die Anregung, die Verwaltung von Vertretern der freien Wirtschaft untersuchen zu lassen, die in anderen Strukturen arbeiteten und dächten als die KGSt.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick überschlägt die Kosten auf mehr als 2 Mio. EUR und betont, sinnvoller als eine gebündelte Überprüfung aller Aufgaben sei aber, wie in der Stellungnahme des Fachdienstes Organisation und Personal vom 21.01.2009 dargestellt, eine gezielte und bedarfsgerechte Überprüfung, wie sie zur Zeit schon erfolge und weiterhin erfolgen werde.

Kreisausschussmitglied Weddeling ändert den Antrag seiner Fraktion daraufhin wie folgt ab:

*„Externe Organisationsuntersuchungen werden weiterhin gezielt und bedarfsgerecht herangezogen. Über diese Untersuchungen soll grundsätzlich berichtet werden. Anregungen aus den Fachausschüssen sollten bei den Beratungen mit aufgenommen werden.“*

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, den geänderten Antrag umzusetzen.

Zum Antrag 11-02 (Nennung von Budgetverantwortlichen im Haushaltsplan) erklärt sich Kreisausschussmitglied Schöning mit dem Vorschlag von Landrat Gerd Wiesmann einverstanden, die Wörter „sonstige Mitarbeiter“ im Beschlussvorschlag zu streichen. Die Kontakte der Politik zur Verwaltung sollten weiterhin über die Vorstandsmitglieder oder Fachbereichsleiter/innen erfolgen.

Zum Antrag 12-01 (Photovoltaikanlagen auf kreiseigenen Gebäuden) erklärt Kreisausschussmitglied Horstick, die Umsetzung von Photovoltaikanlagen werde fraktionsübergreifend befürwortet. Die Art und Weise der Umsetzung sollte in der kommenden Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen beraten werden.

Kreisausschussmitglied Schulte entgegnet, die unterschiedlichen Vorschläge, wer die Anlagen installieren solle, seien ausreichend begründet und sollten daher heute oder in der kommenden Sitzung des Kreistages beraten und entschieden werden.

Kreisausschussmitglied Eisele legt dar, der Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN sei im günstigsten Falle, nämlich dann wenn der Kreis Borken keine Genossenschaftsanteile erwerbe, kostenlos. Die von der Verwaltung veranschlagten Kosten seien zu hoch, seine Fraktion gehe von höchstens 500.000 EUR aus. Vor der Entscheidung sei ein Bericht der Verwaltung zu den Chancen und Risiken der Alternativen allerdings sinnvoll, weshalb er den Vorschlag der CDU-Fraktion, erst im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen abschließend zu entscheiden, mittragen könne.

Kreisausschussmitglied Lindenhahn kritisiert das zögernde Vorgehen und betont, die SPD-Fraktion halte ihren Antrag aufrecht.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp stellt klar, das Kostenvolumen müsse zur Verabschiedung des Haushaltes feststehen.

Kreisausschussmitglied Weddeling spricht sich für den Antrag der SPD-Fraktion aus, der unbürokratisch und schnell umsetzbar sei.

Kreisausschussmitglied Schöning teilt mit, seine Anfrage an das NRW-Innenministerium, ob eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen bei Photovoltaikanlagen rechtlich zulässig sei, werde noch geprüft.

Kreisausschussmitglied Schulte sagt, sie gehe im Unterschied zu Kreisausschussmitglied Schöning von der Zulässigkeit des Vorhabens aus.

Kreisausschussmitglied Horstick schlägt vor, zu der kommenden Kreistagssitzung einen modifizierten Antrag mit der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN und der FDP-Fraktion abzustimmen. Erst dann sollte über die Anträge abgestimmt werden.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, entsprechend zu verfahren und wegen der dadurch bestehenden Unklarheit im Hinblick auf die Auswirkungen für das Haushaltsvolumen heute keinen Beschluss zur **Sitzungsvorlage Nr. 0326/2008** zu fassen.

**Punkt 2: Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über den wesentlichen Inhalt und die Beratung des Prüfberichtes der Gemeindeprüfungsanstalt zur Eröffnungsbilanz des Kreises Borken, Feststellung der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2006 und Entlastung des Landrats**  
**Vorlage: 0006/2009**

---

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Kreisausschussmitglied Schulte bittet, diesen Punkt erst in der kommenden Sitzung des Kreistages zu beraten.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, entsprechend zu verfahren.

**Punkt 3: Änderung der Hauptsatzung des Kreises Borken**  
**hier: Bekanntmachungsform für Tierseuchenverfügungen**  
**Vorlage: 0317/2008**

---

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

Die erste stellvertretende Landrätin Gabriele Wahle übernimmt zu diesem Punkt die Sitzungsleitung.

Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick betont, die Gesetzesänderung ermögliche eine vereinfachte Bekanntmachungsform für Tierseuchenverordnungen. Eine amtliche Bekanntmachung sei formell aber weiterhin notwendig. In der Praxis würden die Betroffenen darüber hinaus anderweitig informiert, z.B. telefonisch, über das Internet oder per Boten.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag beschließt die als Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. 0317/2008 beigefügte Änderungsatzung zur Hauptsatzung des Kreises Borken.

**Punkt 4: Gründung der REGIONALE 2016 - Agentur GmbH**  
**Vorlage: 0321/2008**

---

Berichterstatter/in: Landrat Gerd Wiesmann

Kreisausschussmitglied Tönnies schlägt als Vertreter/innen für die Gesellschafterversammlung, Herrn Landrat Gerd Wiesmann und als dessen Stellvertreter, Herrn Kreisdirektor Werner Haßenkamp sowie die Vorsitzende des Umweltausschusses, Frau Magdalene Garvert und als deren Stellvertreterin, Frau 1. stv. Landrätin Gabriele Wahle vor. Für den Aufsichtsrat schlägt er folgende Vertreter vor: Herrn Landrat Gerd Wiesmann und als dessen Stellvertreter, Herrn Kreisdirektor Werner Haßenkamp sowie Herrn Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues und als dessen Stellvertreter den Leiter des Büros des Landrats, Herrn Kreisverwaltungsdirektor Wilfried Kersting.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, über Punkt 4 des Beschlussvorschlages erst in der kommenden Sitzung des Kreistages zu entscheiden, da der Gesellschaftsvertrag erst heute als Tischvorlage ausgelegt worden sei. Sodann lässt er über die anderen Punkte abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Kreis Borken gründet gemeinsam mit dem Kreis Coesfeld, den jeweils kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie den Städten und Gemeinden Dorsten, Haltern am See, Hamminkeln, Hünxe, Schermbeck, Selm und Werne eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter der Firma REGIONALE 2016 – Agentur GmbH. Das Stammkapital beträgt 25.000 Euro. Auf das Stammkapital übernimmt der Kreis Borken eine Stammeinlage in Höhe von 6.000 Euro, die in bar zu erbringen ist.

**Beschluss:** einstimmig bei 4 Enthaltungen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

2. Als Vertreter/-innen in der Gesellschafterversammlung werden bestellt:

<b>Vertreter/in</b>	<b>Stellvertreter/-in</b>
Landrat Gerd Wiesmann	Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Magdalene Garvert	Gabriele Wahle

**Beschluss:** einstimmig bei 4 Enthaltungen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

3. Als Vertreter/-innen im Aufsichtsrat werden bestellt:

<b>Vertreter/in</b>	<b>Stellvertreter/-in</b>
Landrat Gerd Wiesmann	Kreisdirektor Werner Haßenkamp
Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues	Kreisverwaltungsdirektor Wilfried Kersting

**Punkt 5: Flugplatz Stadtlohn-Vreden****Punkt 5 a): Entwicklung des Flugplatzes Stadtlohn-Vreden**

- **Vorlage: 0007/2009**
- **Antrag der SPD-Fraktion vom 20.01.2009**  
**Vorlage: 0014/2009**
- **Antrag von Jens Steiner vom 21.01.2009**  
**Vorlage: 0015/2009**
- **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 21.01.2009**  
**Vorlage: 0016/2009**

Berichterstatter/in: Landrat Gerd Wiesmann  
Fraktionsvorsitzende Ursula Schulte  
Fraktionsvorsitzende Gertrud Welper  
Kreistagsabgeordneter Jens Steiner

Landrat Gerd Wiesmann führt aus, aus Sicht der Verwaltung bestehe kein Bedarf, aktualisierte Beschlüsse zu fassen. Gegenüber den Kreistagsbeschlüssen vom 27.05.2004 und 24.11.2005 gebe es weder geänderte Planungen, noch geänderte Genehmigungsgrundlagen und auch die Rahmenbedingungen der Finanzierung würden



eingehalten. Darüber hinaus sei auch die nötige Transparenz gegeben. Da die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN die Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung Münster in der Frage eines geänderten Beschlusses eingeschaltet hätten, schlage er vor, dieses Prüfverfahren abzuwarten und abhängig vom Ergebnis der Prüfung den weiteren politischen Entscheidungsbedarf festzulegen.

Kreistagsabgeordneter Steiner erklärt zu seinem Antrag, aus drei Gründen sei es richtig, neu zu beschließen. Erstens spreche in einer Demokratie nichts dagegen, einen neuen Beschluss zu fassen. Erst recht nicht, wenn der Beschluss kein Anlass zur Sorge sei und nur nicht für nötig gehalten werde. Zweitens bestünden zu den weiteren Planungen noch Unsicherheiten, wie aktuellen Zeitungsberichten entnommen werden könne. Drittens gehe er davon aus, dass der Ausbau teurer werde als ursprünglich angenommen. Daher sehe er eine grundlegende Abweichung von den einstigen Beschlüssen.

Landrat Gerd Wiesmann entgegnet, es lägen viele Vermutungen und Unterstellungen vor. So sei die erfolgte Beauftragung von Fachleuten keine Unsicherheit. Vielmehr zeuge sie von einem technisch, wirtschaftlich und planungsmäßig verantwortungsvollen Vorgehen. Auch seien Ausschreibungen stets mit finanziellen Unsicherheiten verbunden.

Kreisausschussmitglied Schulte fragt, ob der stufenweise Ausbau mit den Städten Stadtlohn und Vreden abgesprochen worden sei, ob nach dessen Realisierung noch Mittel für den Erwerb der fehlenden Grundstücke zur Verfügung stünden und warum der Kreistag über den stufenweisen Ausbau nicht informiert worden sei. Die Änderungen hätten vom Kreistag beschlossen werden müssen.

Landrat Gerd Wiesmann stellt klar, Kreisausschuss und Kreistag seien über die vorgesehene stufenweise Realisierung in den Sitzungen am 18.09. bzw. 25.09.2008 ausführlich informiert worden. Heute sei die erste Sitzung nach Bewilligung des vorzeitigen Baubeginns. Die Bürgermeister von Stadtlohn und Vreden würden das Vorgehen insgesamt ausdrücklich unterstützen. Die bisher getätigten und geplanten Ausgaben bewegten sich in dem vom Kreistag beschlossenen Rahmen.

Hinsichtlich einer Berechnung von Kreisausschussmitglied Steiner legt Herr Sonntag auf Bitten von Landrat Wiesmann dar, es dürfe nicht der Fehler gemacht werden, die Gesamtkosten des Vorhabens mit den Kosten für den reinen Ausbau der Start- und Landebahn gleichzusetzen. Hinzu kämen zum Beispiel die Kosten für den Grunderwerb.

Landrat Gerd Wiesmann sichert auf Bitte des Kreisausschussmitgliedes Schulte und des Kreistagsabgeordneten Steiner zu, die bisherigen Ausgaben und die noch zur Verfügung stehenden Mittel bis zur kommenden Sitzung des Kreistages darzustellen. Derzeit sei nicht vorauszusehen, wie lange die Grundstücksverhandlungen noch dauerten. Es habe ein Weg gefunden werden müssen, mit der Umsetzung des Vorhabens zu beginnen.

Kreisausschussmitglied Eisele betont, ein neuer Beschluss sei notwendig, da die bisherigen Beschlüsse einen Teilausbau nicht vorsehen würden. Zudem sei die Anzahl der gewerblichen Flüge am Flugplatz Stadtlohn – Vreden seit dem Weggang von Excellent Air deutlich gesunken. Es sei auch fraglich, ob die Bürgermeister weiterhin ein interkommunales Gewerbegebiet realisieren wollen. Den Widerstand der Nachbarn durch den Ausbau zu brechen sei kein tragbarer Weg.

Kreisausschussmitglied Tönnies erklärt, die SPD-Fraktion, die UWG-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN lehnten den Ausbau des Flugplatzes seit jeher ab und würden alle Möglichkeit nutzen, ihn zu stoppen. Seine Fraktion habe sich durchaus eine schnellere Umsetzung gewünscht.

Kreisausschussmitglied Schöning sagt, die Gegner des Flugplatzausbaus würden das Thema wegen der nahenden Kommunalwahl aufrecht erhalten wollen. Ein neuer Beschluss sei nicht notwendig. In einem Gespräch mit NRW-Verkehrsminister Wittke habe er erfahren, dass für den Flugplatz von 2005 bis 2008 Mittel zum Abruf bereit gestanden hätten. Diese

würden nun mangels Baubeginn aber anderweitig ausgegeben. Der Kreis Borken müsse deshalb in Vorleistung treten.

Landrat Gerd Wiesmann erläutert, der jetzige „Umweg“ sei in der Tat bedauerlich und aus der beschriebenen Schwierigkeit um den Grundstückserwerb entstanden. Es werde jedoch nicht in Vorleistung getreten. Der Ausbau erfolge so, wie die Landesmittel zur Verfügung gestellt würden.

Kreisausschussmitglied Weddeling teilt mit, er werde in seiner Haushaltsrede ausführlich Stellung nehmen.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Eisele antwortet Landrat Gerd Wiesmann, die Genehmigung stehe unter der Anordnung der sofortigen Vollziehung. Die bei der Bezirksregierung Münster vorliegenden Widersprüche stünden dem vorzeitigen Baubeginn daher nicht entgegen. Die Bezirksregierung wolle diese aber Anfang des Jahres 2009 entscheiden.

Der Kreisausschuss nimmt den Sachstandsbericht zum Ausbau der Start- und Landebahn am Flugplatz Stadtlohn-Vreden zur Kenntnis.

Kreisausschussmitglied Schulte teilt mit, Punkt 2 des Antrages der SPD-Fraktion, **Sitzungsvorlage Nr. 0014/2009**, solle wie folgt geändert werden: „Die Verwaltung bereitet **zur nächsten Kreistagsitzung am 29.01.2009** einen Beschlussvorschlag vor, der die veränderten Gegebenheiten berücksichtigt.“

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, über den geänderten Antrag der SPD-Fraktion, **Sitzungsvorlage Nr. 0014/2009**, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, **Sitzungsvorlage Nr. 0016/2009** und den Antrag des Kreistagsabgeordneten Jens Steiner, **Sitzungsvorlage Nr. 0015/2009** gemeinsam abzustimmen:

**Beschluss:**

5 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Damit empfiehlt der Kreisausschuss dem Kreistag, die Anträge abzulehnen.

**Punkt 5 b): Änderung der Gesellschaftsverträge der Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn mbH (FBG) und der Flugplatz Wenningfeld GmbH (FWG) sowie Stammkapitalerhöhung bei der FWG**  
**Vorlage: 0003/2009**  
**Ergänzungsvorlage: 0003/2009/1**

---

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Landrat Gerd Wiesmann berichtet, die Kreistagsabgeordnete Tanjsek habe zu Recht kritisiert, dass die Verträge nicht geschlechterneutral formuliert seien. Vor Unterzeichnung der Verträge würden diese daraufhin überarbeitet. In den Gremien der Flugplatz Wenningfeld GmbH habe es noch redaktionelle Anpassungen und eine inhaltliche Änderung gegeben. Für die kommende Sitzung des Kreistages wird daher als Tischvorlage eine aktualisierte Gegenüberstellung der geänderten Gesellschaftsverträge vorgelegt.

Kreisausschussmitglied Schulte erklärt, die Flugplatzbetriebsgesellschaft habe von 2001 bis 2004 Verluste gemacht. Sie fragt, ob die Gesellschafter diese Verluste abgedeckt hätten oder ob diese mit übernommen würden.

Landrat Gerd Wiesmann erläutert, der Wert von 240.000 EUR sei durch Fachleute ermittelt worden. In den vergangenen Jahren sei durchschnittlich ein Überschuss von 10.000 EUR erzielt worden. Für das Jahr 2008 sei hiermit aber nicht zu rechnen. Der Abschluss müsse abgewartet werden.

Landrat Gerd Wiesmann lässt dann zunächst über **Punkt 1** der **Sitzungsvorlage Nr. 0003/2009/1** abstimmen:

**Beschluss:**

- 11 Ja-Stimmen
- 4 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag stimmt der Stammkapitalerhöhung bei der Flugplatz Wenningfeld GmbH in Höhe von 240.000,00 € zuzüglich eines eventuellen Gewinnes des Jahres 2008 zur Finanzierung der Übernahme der Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn durch die Flugplatz Wenningfeld GmbH und der anteiligen Beteiligung des Kreises Borken in Höhe von 88 % an dem Betrag zu.

---

Landrat Gerd Wiesmann lässt sodann über die **Punkte 2 und 3** der **Sitzungsvorlage Nr. 0003/2009/1** abstimmen:

**Beschluss:** einstimmig bei 3 Enthaltungen

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Kreistag billigt die Entwürfe der neuen Gesellschaftsverträge der Flugplatz Wenningfeld GmbH (Anlage 1) und der Flugplatzbetriebsgesellschaft Stadtlohn mbH (Anlage 2) sowie die Änderungen dieser Ergänzungsvorlage.

Die Vertreter des Kreises Borken in den Gremien der Flugplatz Wenningfeld GmbH werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse zur Umsetzung der Beschlüsse zu Punkt 1. und 2. zu fassen.

**Punkt 5 c): Antrag/ Anfrage des Kreistagsabgeordneten Jens Steiner vom 12.12.2008**  
**Vorlage: 0320/2008**

---

Berichtersteller/in: Kreistagsabgeordneter Jens Steiner

Landrat Gerd Wiesmann weist auf die ausgelegte Antwort der Verwaltung hin.

**Punkt 6: Organisation und Änderung des Gesellschaftsvertrages der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland mbH**  
**Vorlage: 0009/2009**

---

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Lindenhahn antwortet Kreisdirektor Werner Haßenkamp, die Entscheidung über die Organisationsstruktur falle in den Verantwortungsbereich der Gesellschaft.

Kreisausschussmitglied Schöning legt dar, die Regelung in § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages führe dazu, dass die kleineren Fraktionen weiterhin nicht im Aufsichtsrat vertreten seien. Für den Aufsichtsrat sei zudem eine persönliche Stellvertretung sinnvoll, (§ 9 Abs. 6). Problematisch sei auch die Regelung des § 9 Abs. 10. Die Aufsichtsratsmitglieder seien dann unterschiedlich informiert. Zu § 9 Abs. 11 fragt er, ob eine Teilnahme der Geschäftsführung der EGW an den Ausschüssen des Aufsichtsrates ebenfalls vorgesehen sei.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp erklärt, die Regelung in § 9 Abs. 1 des Vertrages entspreche dem Kreistagsbeschluss vom 25.09.2008. Die Bildung von Unterausschüssen sei eine Empfehlung, die sich an der Praxis größerer Unternehmen orientiere.

Die Kreisausschussmitglieder Eisele und Weddeling merken zu § 6 Abs. 1 und 4 zur Gesellschafterversammlung an, eine persönliche Stellvertretung sei weiterhin nicht vorgesehen. Dies führe gerade bei den kleinen Fraktionen mit nur einem Sitz im Kreisausschuss zu Problemen. Als Vertreter würden nur Kreisausschussmitglieder aus anderen Parteien zur Verfügung stehen. Darüber hinaus solle das seinerzeit von der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN angeregte Grundmandat für den Aufsichtsrat noch einmal überdacht werden.

Kreisdirektor Werner Haßenkamp schlägt vor, die Fragen an den Rechtsanwalt Dr. Siepelt für die kommende Kreistagssitzung weiter zu geben.

Landrat Gerd Wiesmann stellt Einvernehmen fest, entsprechend zu verfahren und heute keinen Beschluss herbeizuführen.

**Punkt 7: Bündelung der amtlichen Untersuchungseinrichtungen auf den Gebieten Lebens- und Futtermittel, Bedarfsgegenstände sowie Tiergesundheit in Nordrhein-Westfalen**  
**hier: Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) zwecks Zusammenführung des Staatlichen Veterinär- und chemischen Landesuntersuchungsamtes in Münster und des Chemischen Untersuchungsamtes Emscher-Lippe in Recklinghausen**  
**Vorlage: 0323/2008**

---

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Der Stand der Vorbereitungen der AöR Münster-Emscher-Lippe wird zur Kenntnis genommen. Es wird empfohlen, gemeinsam mit allen anderen beteiligten Kommunen die Trägerschaft anzustreben.

**Punkt 8: Entwurf des Landschaftsplanes "Raesfeld"**  
**1. Änderung des Geltungsbereiches**  
**2. Beratung und Beschlussfassung über die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange sowie die Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung**  
**3. Beschluss über die öffentliche Auslegung**  
**Vorlage: 0281/2008**

---

Berichtersteller/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

1. Der Geltungsbereich des Landschaftsplanes „Raesfeld“ wird um die Grundstücke Gemarkung Marbeck, Flur 15, Flurstücke 25, 26 und 27 erweitert. Diese sind nunmehr Bestandteil des Landschaftsplanes „Raesfeld“. Der Beschluss wird gem. §§ 27 und 29 LG NW ortsüblich bekannt gemacht.
2. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken sowie die Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wird entsprechend der in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Vorschläge beschlossen.
3. Der Entwurf des Landschaftsplanes „Raesfeld“ wird in der Zeit vom 02.03.2009 bis 01.04.2009 öffentlich ausgelegt (§ 27 c LG NW).

**Punkt 9: Abschließende Baumaßnahme für das Berufsorientierungszentrum (BOZ) der Berufsbildungsstätte Ahaus (BBS) und Neubau und Verlegung des von der BBS betriebenen Kindergartens**  
**Vorlage: 0256/2008**

---

Berichtersteller/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte teilt Kreisdirektor Werner Haßenkamp mit, die Verwaltung prüfe, ob die Baumaßnahme mit den Bundesmitteln aus dem Konjunkturpaket II realisiert werden könne.

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schöning erklärt Kreisdirektor Werner Haßenkamp, man gehe von weitestgehend unveränderlichen Schülerzahlen aus. Trotz allgemein sinkender Schülerzahlen, wachse der betroffene Personenkreis. Aufgrund einer sehr flexiblen Bauweise sei eine Umnutzung mit geringem Aufwand jederzeit möglich.

**Beschluss:** einstimmig bei 1 Enthaltung

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:

Dem geplanten abschließenden Bauvorhaben für das Berufsorientierungszentrum (BOZ) der Berufsbildungsstätte Westmünsterland in Ahaus und dem Neubau eines Kindergartens mit zwei Gruppen mit einem Kostenvolumen von 1,95 Mio. € wird zugestimmt. Die erforderlichen Kreismittel in Höhe von 1,45 Mio. € werden in den Jahren 2009 und 2010 bereitgestellt.

**Punkt 10: Straßenbericht 2009 mit Straßenbauprogramm und Hochbauprogramm 2009 mit Energiebericht  
Vorlage: 0322/2008**

---

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

**Beschluss:** einstimmig bei 1 Enthaltung

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:  
Dem Straßenbericht 2009 sowie dem Hochbauprogramm 2009 wird zugestimmt.

**Punkt 11: Übernahme der Gesellschaftsanteile der Regionalverkehr Münsterland GmbH (RVM) von den kreisangehörigen Städten  
Vorlage: 0008/2009**

---

Berichterstatter/in: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

**Beschluss:** einstimmig bei 1 Enthaltung

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, Folgendes zu beschließen:  
Der Kreis Borken übernimmt von den kreisangehörigen Städten die Gesellschaftsanteile an der RVM zum Nennwert.  
Die Verwaltung wird beauftragt, alle hierzu erforderlichen Rechtshandlungen vorzunehmen.  
Die Vertreter des Kreises in den Gremien werden beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse in den Gesellschaftsgremien herbeizuführen.

**Punkt 12: Nachträgliche Genehmigung einer Dienstreise für die Länderübergreifende Netzwerkkonferenz der Lokalen Bündnisse für Familien am 16.01.2009  
Vorlage: 0011/2009**

---

Berichterstatter/in: Kreisdirektor Werner Haßenkamp

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreisausschuss nimmt die vom Landrat genehmigte Dienstreise des Kreistagsabgeordneten Heinz-Josef Tönnies, Heiden, zur Teilnahme an der Länderübergreifenden Netzwerkkonferenz der Lokalen Bündnisse für Familien am 16.01.2009 in Hannover zur Kenntnis.

**Punkt 13: Mitteilungen der Verwaltung**

---

Landrat Gerd Wiesmann weist auf die Modalitäten während der Haushaltsberatungen in der kommenden Sitzung des Kreistages hin.

---

**Punkt 14: Anfragen**

---

**Punkt 14.1: Bauliche Investitionen / Konjunkturpaket II der Bundesregierung  
Vorlage: 0012/2009**

---

Landrat Gerd Wiesmann weist auf die ausgelegte Antwort der Verwaltung hin.

Kreisausschussmitglied Schöning erkundigt sich, ob die Mittel als Darlehen oder reine Zuschüsse gewährt würden.

Landrat Gerd Wiesmann antwortet, die Überlegungen gingen in beide Richtungen. Insgesamt gebe es noch sehr viele Unklarheiten.

**Punkt 14.2: Fehlende Lehrerstellen im Kreis durch die Diskrepanz zwischen Berechnung der Lehrerstellen und den tatsächlich benötigten bzw. vorhandenen Lehrerstellen  
Vorlage: 0010/2009**

---

Landrat Gerd Wiesmann weist auf die ausgelegte Antwort der Verwaltung hin.

**Punkt 14.3: Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und fraktionslosen Kreistagsmitglieder zu den Aufwendungen für die Geschäftsführung**

---

Kreisausschussmitglied Schulte regt an, zu gegebener Zeit über eine Erhöhung der Zuwendungen an die Fraktionen, Gruppen und fraktionslosen Kreistagsmitglieder zu den Aufwendungen für die Geschäftsführung zu beraten.

**Punkt 14.4: Anlage von Festgeld bei der deutschen Filiale von "Lehmann Brothers"**

---

Auf Nachfrage von Kreisausschussmitglied Schulte antwortet Kreisdirektor Werner Haßenkamp, der Bundesverband deutscher Banken habe sich in einem Schreiben an den Kreis Borken gewandt. Danach sollen die bei der deutschen Filiale von „Lehmann Brothers“ angelegten Gelder bis Ende Januar ausgezahlt werden. Nur für den Zeitraum vom 11.01. – 31.01.2009 erfolge keine Verzinsung.

**Ende des öffentlichen Teils**